

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur
Druck u. Verlag: Auer Druck-
u. Verlagsanstalt m. b. H.
Rue. Telegramm-Adresse:
Tageblatt Erzgebirge.
Bernsdorf, Anhalt Nr. 23.

Abzugpreis: Durch unsere guten Frei in Haus monatlich 4.50 M. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 M. Bei der Post bestellt und abgeholt monatlich 4.50 M. Durch den Briefträger frei ins Haus geliefert monatlich 4.60 M. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In ferneren Zeitungsbestellungen und Ausgabebestellen, sowie alle Beantwortungen und Briefträger, nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für die Zeitungsblätter oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg., Restanzenpreise für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., sonst 50 Pfg. Bei größeren Abzählungen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeiger durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 167

Donnerstag, den 22. Juli 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Das sächsische Wahlgesetz wurde vom Verfassungsausschuss in zweiter Lesung erledigt. Wesentliche Veränderungen gegenüber der ersten Lesung wurden nicht vorgenommen.

Im gesamten Ruhrgebiet fanden Bergbau-Arbeiterversammlungen statt, die sich mit den Kohlenlieferungen an die Entente beschäftigten.

Die österreichische Nationalversammlung hat das Gesetz über die große einmalige Vermögensabgabe in allen Besungen angenommen.

Der Völkerbundsrat gibt bekannt, Wilson habe die Völkerbundsversammlung für den 15. November nach Genf einberufen.

Giolitti machte vor dem Ministerrat aufsehenerregende Mitteilungen über eine Balkanbewegung gegen Italien.

Polens Schicksalsstunde.

Warschau ruft die letzten Männer bis zum 45. Lebensjahr unter die Waffen. Die Bolschewisten marschieren auf Suwalki, das als deutsches Verwaltungszentrum aus dem Weltkrieg nach genügend bekannt ist. Man braucht durchaus keine Gespenster zu malen, um den furchtbaren Ernst der Lage festzustellen. Spricht doch selbst der Staatspräsident Pilsudski in seinen Ansprachen von der Gefahr des Unterganges des polnischen Reiches. Es ginge zwar zu weit, zu behaupten, der Bolschewismus trete jetzt seinen Siegeszug durch die Welt an. Es ist z. B. sehr fraglich, ob die erste bolschewistische Armee, wie Sawas meldete, jetzt durch Armenien marschiert, um sich mit den nationalistischen Streitkräften Mustafa Kemal zu vereinigen. Die Türken werden sich für solchen Zugzug bedanken. Auch ist es nichts anderes als Bluff, wenn der russische Kommunist Nadek in einem tschechischen Blatt verkündet, nach der Wegung Polens werde die Rote Armee gegen Prag marschieren, um dort das Sowjet-System aufzurichten. Aber zweifellos ist den Moskauer regierenden Leuten der Mut mächtig gewachsen. Das beweist ihre Antwort auf den englischen Friedensbefehl. Sie wollen Frieden mit Polen machen, ja. Aber selbstständig, ohne Vormundschaft der Alliierten und unter Bedingungen, die nichts anderes bedeuten, als die Zertrümmerung Polens. Soll doch der russische Außenminister Tschitscherin erklärt haben, es sei für die Wiederaufrichtung des alten Rußlands nötig, mit Deutschland eine gemeinsame Grenze zu haben! Die Offensive gegen Polen werde nur dann ihr Ende finden, wenn dieses Ziel erreicht sei. Nun wird eine weitblickende deutsche Regierung gewiß nichts gegen die Wiederkehr einer deutsch-russischen Verfahrungs-grenze haben. Denn dann kommt der Welt-handel mit dem Osten wieder in Schwung. Auch stehen die deutschen Gefühle angesichts des russisch-polnischen Mordens durchaus nicht auf feilen Polens. Sagen doch die Herren von Warschau dem mißhandelten Deutschen Reich gegenüber immer noch auf einem allzu hohen Stöß, wie das Auftreten des Außenministers Sawlecha zeigt der noch unter stärksten Säulen verkündet, die Abstimmung in Oberschlesien müsse auf alle Fälle stattfinden, und sie werde zugunsten Polens ausfallen. Leider kann jedoch in Deutschland bei der Abstrafung des polnischen Uebermutes durch Rußland keine reine Freude aufkommen. Mit der wachsenden Annäherung der Bolschewistenarmee an die deutsche Grenze schwillt unserer Antiradikalen wieder allzu sehr der Ramm. Sie wittern Morgenluft. Die deutsche Regierung wird alle Kraft aufbieten müssen, um das Unheil zu beschwören.

Der russische Vormarsch und die deutsche Grenze.

Der Vormarsch der bolschewistischen Truppen an der polnischen Nordfront geht mit einer für die Polen geradezu vernichtenden Schnelligkeit vor sich. Von militärischer Seite wird mitgeteilt, daß der Nordflügel der bolschewistischen Truppen nur noch 90 Kilometer von der ostpreussischen Grenze entfernt sei. Die aus Kavallerie bestehenden Spitztruppen seien schon auf 80 Kilometer an die Grenze herangekommen. Allgemein wird angenommen, daß die bolschewistischen Truppen nicht über die Grenze vordringen werden. Die zuständigen Stellen haben aber trotzdem alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutze der Grenze getroffen und eine verstärkte Sicherung längs der Grenze durchgeführt.

Die Lage an der ostpreussischen Grenze.

Aus Allenstein wird gemeldet: Entlang der ostpreussischen Grenze treffen immer mehr reguläre polnische Truppen auf der Flucht ein. Der italienische Kommandant des Abstimmungsgebietes Allenstein mahnt zur Ruhe und kündigt das unmittelbare bevorstehende Eintreffen starker alliierter Truppenkörper an.

Die Bedrohung des deutschen Ostens.

In der letzten Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten besprach der sozialdemokratische Abgeordnete Bernstein das Vordringen der Bolschewisten in Polen. Er wies darauf hin, daß nach Beendigung des Krieges sich marodierende Banden bilden könnten, welche die Sicherheit unserer deutschen Grenzbevölkerung gefährden würden. Die Bevölkerung müsse daher rechtzeitig geschützt werden. Der Minister des Auswärtigen Dr. Simonis erwiderte, daß in der Tat die bolschewistische Armee nur wenige Tagemärsche von der deutschen Grenze entfernt sei. Für den Schutz der Grenzbevölkerung seien bereits sorgfältige Maßnahmen getroffen worden.

Die Dfsee als Kriegsgefahrplan?

Die Blätter melden, daß ein starkes englisches Geschwader am Mittwoch früh die Dfsee passierte mit Kurs nach Riga. Gleichzeitig liegt folgende Meldung vor: Wie die Frankfurter Zeitung aus Stockholm meldet, wurden umfangreiche Ausbesserungsarbeiten, sowie Neubauten in der russischen Dfsee flotte in Angriff genommen.

Frankreich und England rüsten.

Sawas meldet: Die schnelle Veränderung der Lage an der polnischen Front hat das französische Ministerium bestimmt, in Uebereinstimmung mit den Alliierten die Kriegsbereitschaft eines Teiles des französischen Heeres auszusprechen. — Der Temps meldet: Marschall Foch erhielt den Auftrag des Alliiertenrates, zur Durchführung des Friedensvertrages mit Polen die erforderlichen Maßnahmen für die alliierten Heere zu treffen. Die französischen Truppen im Elbisch sind mobilisiert. — Der Matin meldet aus London: Der Kriegsminister verfügte die Einberufung der Mannschaften für das 1. und 2. territoriale Armeekorps.

Friedensbereitschaft Rußlands?

Der Baseler Anzeiger verbreitet eine Londoner Nachricht, wonach sich die Sowjetregierung nach Erreichung der Linie Kowno—Grodno in einem Funkpruch an die Alliierten zu Verhandlungen über den Frieden mit Polen bereit erklärt hat. Nach einer Daily Telegraph-Meldung vom Dienstagabend standen die polnischen Truppen vor Kowno.

Die Länder und Spa.

(Amtlich.) Mittwoch vormittag fand unter Leitung des Reichskanzlers eine Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder statt, die der Aussprache über die Beschlässe von Spa galt. Der Reichskanzler eröffnete die Besprechung mit Begrüßung der erschienenen Herren und erteilte dem Reichsminister des Auswärtigen das Wort zur Berichterstattung. An den Vortrag des Ministers des Auswärtigen schlossen sich Darlegungen des Reichswehrministers über die militärischen Fragen und des Reichsministers des Innern über die technischen Fragen der Entwaflung. Auf die Berichterstattung folgte eine mehrstündige Aussprache. Dabei kam von den verschiedensten Seiten die Sorge über die schweren militärischen Bedingungen zum Ausdruck, die uns von der Entente angesichts unserer schwierigen politischen Lage auferlegt sind. Ebenso wurden die Lasten des Kohlenabkommens für unsere Arbeiterschaft und für unsere Industrie sehr ernst beurteilt. Gleichwohl wurde anerkannt, daß die Delegation in Spa nicht in der Lage war, andere Ergebnisse zu erzielen; es wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß alles daran gesetzt werden müsse, den Verpflichtungen des Abkommens gerecht zu werden.

Die Reichstagsaussprache über Spa.

Nach einem Beschluß des Ausschusses tritt der Reichstag am Montag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr zu einer Vollversammlung zusammen, um den Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spa entgegenzunehmen.

Ein deutsches Weißbuch über Spa.

Dem Reichstag soll bei seinem Zusammentritt am Montag, wie der Lokalanwalt, bereits ein Weißbuch der Reichsregierung vorliegen, mit dessen Fertigstellung für Ende der Woche zu rechnen ist. Dieses Weißbuch wird auf Grund der Protokolle von den Sitzungen in Spa die Erklärungen der Deutschen und der Gegenseite enthalten. Aus ihnen wird ersichtlich werden, was unsere Unterchrift bedeutet. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß unser Vermerk: Mit Ausnahme des Art. 7 — die Unterchrift für diesen Paragraphen null und nichtig macht, ein Standpunkt, der den völkerrechtlichen Bestimmungen der Haager Konferenz entspricht. Es wird auch aus den Protokollen der Wortlaut der Erklärung von Lloyd George über die obersteletische Kohle festgestellt werden können.

Das Todesurteil für unsere Industrie.

Der Lokalanzeiger meldet aus Duisburg, daß Geheimrat Kommerzienrat Rüdiger den vorstigen

Stadtverordneten die Kohlenabmachung von Spa als das Todesurteil für den Industriebezirk bezeichnet habe. Um die zwei Millionen Tonnen Kohle an die Entente zu liefern, müßte man deutsche Hochöfen, Stahl- und Walzwerke stilllegen, so daß binnen drei Monaten 40 Prozent der deutschen Eisenarbeiter auf der Straße liegen würden. Von den Verhandlungen in Genf erwarte er noch Schlimmeres. Ein sozialdemokratischer Arbeitervertreter erklärte, auch unter der Krute der Entente würden die Arbeiter nicht besser arbeiten, sondern ihr begreiflich machen, daß das deutsche Volk wie früher ein Lebensrecht habe.

Ein englischer Arbeiterführer über die deutschen Kohlenlieferungen.

Der Newne Courant meldet aus London: Der Bergarbeiterführer Smille wies in einer Rede in Northumberland darauf hin, daß die Kohlenenerzeugung in Deutschland infolge der ungenügenden Ernährung der Bergleute sehr zurückgegangen sei. Er ist der Ansicht, daß Deutschland, wenn die Entente an ihren Forderungen festhält, niemals imstande sein werde, die verlangten Kohlenmengen zu liefern, ohne daß gleichzeitig der deutschen Industrie ein derartiger Schaden zugefügt werde, daß von der Bezahlung einer Entschädigung keine Rede mehr sein könne.

Die Wirkung von Spa für Frankreich.

Beit Parisien hört von unterrichteter Seite, daß die Lieferung der deutschen Steinkohlen an Frankreich eine Preisherabsetzung der französischen Steinkohlen von 25 Prozent zur Folge haben würde.

Der Prozeß der Kriegsbeschuldigten vor dem Reichsgericht.

Von amtlicher Seite wird über den Stand des Prozesses gegen die sogenannten Kriegsverbrecher folgendes mitgeteilt: Die Vertreter der obersten deutschen Justizbehörde haben in Spa mit Ententevertretern die Frage der sog. Kriegsschuldigen-Prozesse durchgesprochen, wobei sich infolgedessen eine Uebereinstimmung ergeben hat, als es wünschenswert erscheint, diese Angelegenheit aus dem diplomatischen Verkehr auszuklammeln und da es sich mehr oder weniger um rein technisch-juristische Fragen handelt, einen direkten Verkehr des Oberreichsanwalts mit den Justizministern der alliierten Länder zuzulassen. Es wird also in allen Fällen, die beim Reichsgericht anhängig sind, insoweit ausreichendes Beweismaterial noch nicht erbracht werden kann, durch die Oberreichsanwaltschaft das Ersuchen an die entsprechenden Minister der alliierten Länder um Verwirklichung des Tatbestandes und zur Beschaffung der erforderlichen Beweismittel gerichtet werden. Gleichzeitig werden die Justizminister gebeten, auch die Vernehmungen der dort bekannten oder noch zu ermittelnden Zeugen durch die zuständigen Gerichte herbeizuführen. Dem Wunsch der Ententevertreter, daß diese Ermittlungen möglichst schnell eingeleitet und durchgeführt werden möchten, wird durch den Oberreichsanwalt in Leipzig in lobalster Weise stattgegeben werden. Hervorzuheben ist, daß durch die Ententevertreter den deutschen Justizbehörden alles Entgegenkommen versichert wird und daß die Alliierten ihr unbeschränktes Vertrauen zur Unparteilichkeit des Reichsgerichts geäußert haben. Von irgend einer Festsetzung oder einer sonstigen Prektion auf die deutsche Justizverwaltung war in Spa keine Rede. Im Gegenteil zeigte sich durch die Ententevertreter die größte Bereitwilligkeit, bei der Beschaffung von Beweismaterial behilflich sein zu wollen. Brandwelles neues Material wurde den deutschen Justizbehörden in Spa nicht übergeben, sondern nur die Wege zur weiteren Beweismittelbeschaffung eröffnet. Es ist also vorläufig an Material nur die sog. alte und neue Liste (die sog. Probekiste) in den Händen der deutschen Justiz. Zu betonen ist weiterhin, daß die bisherigen Ermittlungen und die vorliegenden Zeugenaussagen ein ausreichendes Material zur Klärung der Sache noch nicht erbracht haben. In einer ganzen Reihe von Fällen hat das Verfahren eingestellt werden müssen, weil die Beschuldigten bereits verstorben waren. Auch durch verfallene Namen sind große Schwierigkeiten bereitet worden. Alle Meldungen über einen bestimmten Zeitpunkt der Verhandlungen beruhen lediglich auf Kombinationen. Es läßt sich heute noch nicht sagen, wann der Termin der Hauptverhandlung angesetzt werden kann.

Nachwirkungen des Kapp-Putsches.

Der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stöck arbeitende und partikularisch zusammengesetzte Untersuchungsausschuss im Reichswehrministerium für die Prüfung des Verhaltens der Offiziere während des Märzvorgangs hat die Untersuchung gegen die Marineoffiziere abgeschlossen. Ingesamt werden 280 Offiziere beschuldigt. Der Ausschuss hat die Fälle folgendermaßen abgeschlossen: 1. bei 6 Fällen ist Verabschie-

sachen
gelegenheiten
ell und in
ührung die
ucke: el
geblatt
-StraBe 17.
ockan,
er,
kleie
billigst
70igt,
arkt.
Artikel
illkonne-
mmunter-
che Artikel
eige in best
illigst. Preis:
fia,
Hernruf 491.
fe
iert billigst
er Zeit
Gauger
ntabrik, Au-
n Wetzlar
ll. Ver. Daa-
u. m. werben
und
en repariert
sthaus Au-
StraBe 4.
albe
USTIN
ner in Oden
ste fährer
ller Art
holt.
ch ins Daus.
a. d. Welsch.
teilt
terricht in
sch?
unter A. U.
Tageblatt.
ebkapital
n jed. 8000.
1. Odenweg,
19. Tel. 2024
n. Felle
ten Tages-
ungens,
ne, Ernst-
ernruf 589.
tobe
g. M. Hütt
stischen, u
stische
en
leifer
erer
Beflede
chl.
G. m. b. H.
und Metall-
au f. G.
98.
rückstühle
le zu verk.
f. 4, 1.
port
möbl.
ter
bung.
apell-
meister,
pilot.

lung: 2. bei 18 Fällen Diensthebung; 3. bei 21 Fällen Verurteilung; 4. bei 11 Fällen Verletzung; 5. bei 29 Fällen Umformänderung; 6. bei 12 Fällen Aufhebung; 7. bei 21 Fällen ist beantragt worden, nichts zu unternehmen. Bei den unter 1 bis 4 genannten Fällen sind die Akten sämtlich dem Oberreichsanwalt zur gerichtlichen Klarstellung und eventuellen Aburteilung übergeben worden. Außerdem wurden in weiteren 30 Fällen zu 5 bis 7 die Akten aus dem gleichen Grunde dem Oberreichsanwalt übergeben. Die Referate für die Beamten und das Interpersonal der Marine werden in den nächsten Tagen ihre Arbeit abgeschlossen haben. An Beschuldigungen gegen Offiziere der Reichswehr sind insgesamt 609 eingelaufen, von denen mehr als 300 erledigt worden sind. Als Revisionseinfluss, der wegen ihres Verhaltens in den Märztagen entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr, wurde ein Referat eingerichtet, das mitten in seiner Arbeit steht.

Die Wetterwolke an der Adria.

Verboten neuer Kriegsmöglichkeit, sich kreuzende Not zwischen Italien und Jugoslawien, stellt sich als nette Illustration einer neuen Ära beginnender Völkerverständigung dar. In Süditalien sind die Gemüter wegen der Vorgänge in Spalato und Triest, behauerlicher Ausdrückungen anscheinend von Italienern, bis zur Siebegrüt erhitzt, während man in Italien der drohenden Kriegsgefahr gegenüber zunächst Ruhe und Mäßigkeit bewahrt, wenn auch die an Jugoslawien gerichtete Note in ziemlich energischem Tone gehalten sein und diplomatische Genugtuung, vollständige Schadloshaltung und Befreiung der Schuldigen fordern soll. Das Ergebnis der Untersuchung jener aufregenden Vorgänge liegt jedenfalls noch nicht vor, und es heißt, daß ein Unparteilicher, der Bevollmächtigte der Entente, Admiral Andrew, bei dieser Untersuchung mitwirkt. Das läßt wohl die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konfliktes offen. Natürlich erhebt die Sache nicht des politischen Hintergrundes in Gestalt der Adriafrage, deren Lösung, neben manchem anderen, dem Präsidenten Wilson nicht gelungen ist. Es gibt in Süditalien Kreise, die einen Abbruch der Verhandlungen mit Italien nicht ungern sehen, weil sie der Meinung sind, daß Süditalien die Lösung der Adriafrage selbst in die Hand nehmen müsse. Es ist zu beachten, daß Süditalien nicht ohne weiteres an Griechenland, andererseits an Dalmatien, während Italien sich isoliert sieht, sofern nicht der Völkerverband ihm die Stange hält, dem ein neues Kriegseingebung Italiens so unangelegentlich wie möglich kommen würde, da Italien ihm noch verschuldet ist und dessen wirtschaftlicher Wiederaufbau schwer zu lösende Probleme aufwirft. Die Ängsten militärischer Erfolge der Albaner besauern andererseits den Kriegswillen der südslawischen Militärpartei, von dem die Regierung in Belgrad vielleicht als einem Faktor des Druckes auf Italien Nutzen zu ziehen trachtet, den sie jedenfalls seither nicht mit Entschlossenheit zu dämpfen beflissen gewesen ist. Italien würde es seiner inneren Lage wegen aufs Äußerste erspart werden, sich auf einen neuen Krieg einzulassen. Der Ministerpräsident Giolitti hat erst unlängst in der Kammer die eiserne Pflicht zur Sparsamkeit als einzige Rettungsmöglichkeit für das durch den Weltkrieg schwer mitgenommene Land bezeichnet. Ueber eine Forderung neuer Kriegskredite könnte das Kabinett in Fall kommen, eine sozialistische Regierung aufzumachen und damit dem Volksweltwille der Weg bereitet werden. In Erkenntnis dessen wird sicherlich auf italienischer Seite alles geschehen, eine verhängnisvolle Ausprägung des Konfliktes mit Jugoslawien zu verhüten, selbst auf Kosten von Zugeständnissen in der Adriafrage.

Neue Vorkämpfer.

Zwischen den Balkanstaaten sollen geheime Verhandlungen zwecks Schaffung eines neuen Balkanbundes oder zur Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses stattfinden. Auf der einen Seite ist England auf Rumänien und Griechenland einen starken Druck aus, um diese zu Konzessionen für Bulgarien zu veranlassen, das dadurch zurückgehalten werden soll, sich dem türkischen Nationalismus anzuschließen. Auf der anderen Seite habe nun auch Belgien angefangen auf den Rat und mit der diplomatischen Unterstützung Frankreichs Verhandlungen mit Sofia und Bukarest angeknüpft, um sich hier im Falle eines Krieges mit Italien den Rücken zu decken. Rumänien legt als erste und wichtigste Bedingung für eine vollständige Neutralität die Lösung der Frage des Kanats in seinem Sinne auf. Nach Meldungen aus Bukarest soll zwischen Jugoslawien und Griechenland bereits ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Italien bestehen.

Der Bürgerkrieg im Albanien.

Der Corriere della Sera meldet aus Valona, daß der frühere Anhänger Vidad Paschas, Osman Vahi, mit einigen tausend Anhängern, sowie Abteilungen kaiserlicher Truppen gegen die Regierung von Tirana vorgeht. Er habe mit seinen Streitkräften bereits die Wirta überfallen und beabsichtige, die jetzige Regierung zu stürzen. Die Regierung von Albanien habe auf seine Drohung hin zehn Jahrgänge unter die Waffen berufen.

Keine politische Meldungen.

Die Zusammensetzung der Sicherheitspolizei. In den letzten Wochen sind in die Sicherheitspolizei dreihundert gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte, die bisher arbeitslos waren, in größerer Menge aufgenommen worden. Ungefähr 45 Prozent der Sicherheitspolizeimannschaften sind zurzeit gewerkschaftlich organisiert. Ueber die Art der

Bewaffnung der Sicherheitspolizei Schweden zurzeit Erwägungen zwischen den Vätern. In Spa sind hierüber keine näheren Besprechungen mit der Entente erfolgt. Die Frage steht im engsten Zusammenhang mit der Entwaffnungssaktion und der Abgabe aller schweren Waffen an die Entente. Wahrscheinlich wird die Entente-Mission in Berlin in nächster Zeit über die Abgabe der Waffen nähere Bestimmungen treffen. Die Regierung trifft zurzeit Maßnahmen zur Erfassung aller im Privatbesitz befindlichen militärischen Waffen.

Erste Vollziehung des Völkerbundes. Aus Zürich meldet man der Frankf. Ztg.: Das politische Departement hat ein Telegramm des schweizerischen Gesandten in London erhalten, wonach das Sekretariat des Völkerbundes im Begriffe steht, an die Regierungen der Mitgliedsstaaten des Bundes Einladungen für die erste Sitzung der Völkerverammlung zu versenden. Die Sitzung soll am 15. November in Genf stattfinden, nicht, wie bisher angenommen wurde, in Brüssel abgehalten werden. Damit dürfte die Frage des Sitzes des Völkerbundes endgültig entschieden sein.

Werbungen für eine rote Armee. Der Vossischen Zeitung wird aus Rönigsberg von Werbungen in und um Insterburg für eine rote Armee berichtet. Waffengeübte Soldaten würden bevorzugt. Die Angeworbenen würden in die größeren Orte verteilt. Dem Berliner Tageblatt zufolge hat die Hamburger Polizeibehörde nichts festgestellt können, was die Nachrichten über die Entwicklung einer roten Armee in Hamburg bestätigt.

Zusammenstoß zwischen Marburger Studenten und Arbeitern. Nachdem die Marburger Studenten gegen den Unterrichtsminister Häntsch eine Protestkundgebung veranstaltet hatten, beriefen die Arbeiter eine kommunistische Versammlung ein. Als der kommunistische Redner seine Ansprache beendet hatte, stimmten die Studenten das deutsche Lied an, worauf es zwischen Studenten und Arbeitern zu Schlägereien kam. Am Abend zog die gesamte Studentenschaft durch die Straßen, vaterländische Lieder singend. Auch hierbei kam es zu Zusammenstößen.

Eine britische Schiffe in Indien. Das englische Amt für Indien stellt mit: Eine englische Streitmacht hat am 10. Juli den feindlichen Stützpunkt Masud beschoßen. Das Eindringen in Kaschmir war nur auf geringen Widerstand. Aber die Eingebungen folgten der englischen Streitmacht bei ihrem Rückzug zum Lager nach und töteten 27 und verwundeten 29 Mann. Die feindlichen Verluste sind nicht bekannt.

Amerika gegen die japanische Einwanderung. Der Gouverneur von Kalifornien hat den Staatssekretär aufmerksam gemacht, daß der Zuzug von Japanern in Kalifornien höchst bedenklichen Umfang erreicht habe und es dringend notwendig sei, entweder durch diplomatische Unterhandlungen oder durch ein strenges Einwanderungsverbot dieser wachsenden Gefahr Einhalt zu gebieten. Das geplante Gesetz soll strikten Erwerb oder Bachtung von Grundbesitz verbieten.

Von Stadt und Land.

Aue, 22. Juli 1920.

In der gestrigen Sitzung der Sächsischen Volkskammer wurde der Gesetzentwurf über die Gewährung einer Teuerungszulage an die Volkskammermitglieder, ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gebühren für Amtshandlungen der Behörden und ein Gesetzentwurf zur Abänderung über die Befreiung von Lehrern und Lehrerinnen von der Krankenversicherungspflicht einstimmig angenommen. Sodann fand auf der Tagesordnung ein Bericht des Wirtschaftsministeriums über die Uebernahme von Remontegütern durch das Wirtschaftsministerium, der einen Betrag von 10.400.000 Mark von der Kammer anfordert. Die Vorlage wurde an den Haushaltsausschuß A überwiesen. Die Kapitel des ordentlichen Staatshaushaltplanes über Landesforstwirtschaft, landwirtschaftliche Versuchsanstalten, Versuchsanstalten für Garten und Obstbau in Pöhlitz, Botanischer Garten zu Dresden, landwirtschaftliche und veterinäre Versuchs- und Beipielbetriebe und Landeswetterwarte wurde genehmigt. Darauf erledigte die Kammer ohne Aussprache die Statkapitel über die Gewerbe- und Dampfkesselaufsicht, sowie über Wegebau, Wegeunterhaltung und Wasserbauunterstützung und Aufwände für wasserpolizeiliche Zwecke.

Sitzungen der sächsischen Adrperkschaften. Morgen, Freitag nachmittags 1/2 Uhr, wird eine öffentliche Stadteroberungsentscheidung stattfinden mit folgender Tagesordnung:

- 1. Remissionsnahmen,
- 2. Grundwerkssteuer 1920,
- 3. Wiederbetriff zum Kunstausstellungsvorband,
- 4. Vergütung für Erteilung von Ueberstunden an der Gewerkschule,
- 5. Begründung einer neuen Gewerkschullehrerstelle.

Im Anschluß an die Stadteroberungsentscheidung wird eine öffentliche gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Adrperkschaften abgehalten. Zur Verhandlung steht nur ein Punkt: Besoldungsreform.

Einigung zwischen der Reichspost und der sächsischen Kraftwagenverwaltung. Die zwischen der Staatsregierung und der Reichspostverwaltung gepflogenen Verhandlungen haben zu dem Ergebnisse geführt, daß die Reichspost in Sachen einige Kraftwagenlinien, bei denen überwiegend Postinteressen zu berücksichtigen waren, betreiben wird, darunter die Linien Oldersau-Deuschneudorf und Leipzig-Markensand-Ähren. Bei allen übrigen vom sächsischen Staate betriebenen Kraftwagenlinien wird die Reichspost dagegen dem sächsischen Staatsunternehmen keinerlei Wettbewerb mehr betreiben, diese Linie, darunter auch die Linie Weitzschkau, vielmehr zur Postbeförderung mit benutzen, soweit ein Bedürfnis hierfür vorliegt und über die Bedingungen eine Einigung zustande kommt. Sollte künftig die Einrichtung noch anderer, als der gegenwärtig geplanten Kraftwagenlinien in Frage kommen, werden sich die Staatsregierung und die Reichspostverwaltung, bevor mit den Vorbereitungen der Einrichtung begonnen wird, von Fall zu Fall darüber verständigen, ob die Linie vom Staat oder von der Reichspost betrieben werden soll.

Konstandesmaßnahmen. Am 19. Juli fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten und unter Beteiligung der zuständigen Ministerien eine Besprechung statt, zu der die maßgebenden Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft eingeladen waren. Gegenstand der Besprechung waren die Schwierigkeiten, die die weitgehende Abschaffung hervorgerufen hat, die gegenwärtig allenthalben zu beobachten ist und die insbesondere die sächsische Industrie in eine sehr bedenkliche Lage zu bringen droht. Es wurden in längeren Ausführungen die Ursachen dieser Erscheinung und die Folgen, die sich daraus ergeben können, beraten. Als Abhilfemaßnahmen, die ergriffen werden können, wurden insbesondere von der Versammlung benannt die tunlichste sofortige Aufhebung der Ausfuhrabgaben, die die Exportmöglichkeiten für die sächsische Industrie außerordentlich erschweren, ferner eine Nachprüfung der Bestimmungen über die Ausfuhrkontrolle überhaupt bezw. die Befreiung dieser Bestimmungen, soweit sie nicht mehr unbedingt erforderlich erscheinen, weiter die Wiedereinführung des Devisenkontrollhandels, die Fürsorge dafür, daß bei Erteilung der Reichsausfuhrbescheinigungen für die Eisenbahnverwaltung die sächsische Industrie nach wie vor in bisherigem Umfang berücksichtigt wird und die mögliche Beschleunigung in den Bestrebungen, die Aufträge für die Wiederaufbauarbeiten auf Grund des Friedensvertrages zu vergeben. Der Ministerpräsident versprach in seinem Schlusssatz, diese Wünsche an die Reichsregierung weiterzugeben, wobei die sächsische Regierung sich ihre Stellungnahme im einzelnen dazu noch vorbehalten müsse, und auch im übrigen von seinen Sachkenntnissen zu versuchen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Insbesondere würde es sich dabei mit um Ausgestaltung der produktiven Erwerbslosenfürsorge und um großzügige Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, sowie eine Wiederbelebung der Bauwirtschaft handeln müssen.

Lebensmittel für Aue am Freitag, den 23. Juli: Auf die Bezugslebensmittelliste, Abschnitt Y 1, für Kinder: 250 gr Reis für 3 Mk. und 75 gr Gerstengröße für 37 Pf.; für Erwachsene: Bohnen, das Pfund zu 2,50 Mk., Suppen, das Pfund zu 1,80 Mk. und Hakerloden, das Pfund zu 2,40 Mk. in beliebigen Mengen, sowie 50 gr Suppenwürze zum Preise von 35 Pf. — Der Umtausch der Brotscheine in Krankenscheine hat morgen im Ernährungsamt zu erfolgen.

Vor der Aufhebung der Fleischkarten. Wie es heißt, soll die Fleischkarte als Kontraktmittel des Fleischverbrauchs vom 1. September ab im ganzen Reich aufgehoben werden. Man ist der Ansicht, daß die Kundentilge hinreichend ist zur Kontrolle des Fleischverbrauchs. In Bayern ist die Aufhebung der Fleischkarte mit Genehmigung der Reichsbehörde bereits zum 2. August angeordnet.

Keine Erhöhung der Milchpreise in Sachsen. Das Reichsernährungsministerium hatte eine Rundfrage an die Landesregierungen gerichtet über eine etwaige Erhöhung der Milchhöchstpreise. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat Sachsen geantwortet, daß eine Erhöhung undurchführbar sei. Zur Zeit könne nicht daran gedacht werden. Bekanntlich hat sich auch die preussische Landesstelle in gleichem Sinne geäußert.

Abänderung der über den Verbrauch und Verkehr mit Magermilch, Quark und Käse erlassenen Bestimmungen. Das Landeslebensmittellamt gibt folgendes bekannt: Die Ablieferungspflicht für Quark und Käse wird für Haushalter und Molkereien aufgehoben. Der Absatz von Quark und Käse kann ohne jede Beschränkung erfolgen. Die Landesperikarte wird, soweit sie sich auf die Abgabe von Quark und Käse bezieht, aufgehoben. Die Abgabe von Magermilch ist dagegen wie bisher nur gegen Abgabe und Entgegennahme der Abchnitte der Landesperikarte zulässig. Die über den Verkehr mit Magermilch erlassenen Vorschriften bleiben auch weiterhin in Kraft. Alle zur Zeit bestehenden Magermilchlieferungsbeziehungen sind, sowohl durch die Haushalter als auch durch die Molkereien und Milchmischstellen, aufrechtzuerhalten. Soweit es zur menschlichen Ernährung erforderlich ist, wird der Bezug von Anordnungen, daß Halter von Röhren, sowie Molkereien oder andere Sammelstellen einen Teil der anfallenden Magermilch oder des hergestellten Quarks an bestimmte Stellen abzuliefern haben, vorbehalten.

Von der Arbeitslosenversicherung. In Chemnitz eine 19 Jahre alte Arbeiterin aus Aue, die aus einer Besserungsanstalt entlassen war und sich durch schwindelhafte Angabe ein Paar Schuhe verschafft hatte.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Das erste diesjährige Volkskonzert der Auer Orchester-Vereinigung wird unter Kapellmeister Drechsler's Leitung morgen, Freitag abend 8 Uhr, im Schützenhaus abgehalten. Ein feierliches zusammenfassendes Programm mit Wagner, Beethoven, Schubert, Liszt, Brahms, Grieg usw. auf. Wir wünschen der Veranstaltung einen recht zahlreichen Besuch, damit die Volkskonzerte ihren Zweck auch erfüllen können, nämlich musikalische Kunst in weite Kreise des Volkes zu tragen.

Zwischen, 21. Juli. Lustmord. Zwischen Klientanne und Brand ist heute früh die 20jährige Zigarrenarbeiterin Olga Adler ermordet aufgefunden worden. Alle Anzeichen weisen auf einen Lustmord hin. Die Leiche hat einen tiefen Schnitt im Hals und einen am Unterleib. Das Mädchen hatte gestern abend von ihren Verwandten in Klientanne, wo sie zu Besuch weilte, allein nach Zwidaun zurückkehren wollen und ist auf dem Rückwege dem Verbrechen zum Opfer gefallen.

Borna, 21. Juli. Beendigung des Streiks. Auch in Borna selbst ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Durch den Streik ist ein Ausfall von ungefähr 180000 Zentnern Brille entstanden, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als dadurch erhebliche Schwierigkeiten in der Versorgung von Großbäckereien mit Rohlen zu verzeichnen sind. Am Sonntag finden wiederum Beratungen statt, und es ist leicht möglich, daß es den Agitatoren wieder gelingt, die Arbeiter von neuem in den Streik zu treiben.

Leipzig, 21. Juli. Verfassungsfeindliche Verbände. Dem Polizeirat der Stadt Leipzig sind Mitteilungen zugegangen, daß von verfassungswidrigen Elementen Verbände gebildet werden oder solche trotz Ankündigung der Auflösung in geheimen aufrecht erhalten werden, daß auch von solchen Verbänden unter sportlichem Deckmantel Märkte oder Uebungen veranstaltet werden, daß auch von solchen Verbänden unter sportlichem Deckmantel Märkte oder Uebungen veranstaltet werden, daß auch von solchen Verbänden unter sportlichem Deckmantel Märkte oder Uebungen veranstaltet werden...

Meißen, 21. Juli. Das Meißener Porzellan. Wie wir hören, wird in Sachen zunächst für 5 Millionen Mark Porzellan geliehen. Da anzunehmen ist, daß dieses Geld zu einem großen Teil bald von den Sammlern angekauft sein wird, dürften bald größere Summen ausgegeben werden, so daß das Papiergeld verschwinden und auch die Knappheit an Kleingeld abnehmen wird. Die sehr eingehenden Versuche in Meißen haben inzwischen zu dem Ergebnis geführt, daß ein fast unzerbrechliches Porzellan hergestellt werden kann. Außer Hamburg, wie wir bereits meldeten, hat auch die Stadt Wanzleben in Schießen Bestellungen auf Porzellan gelassen.

Delenitz i. B., 21. Juli. Schwere Ausschreitungen. Heute am Montagabend hier mehrere Pferdehändler nach beendetem Pferdemarkt zu Schanden kommen. Ein Teil des Publikums nahm Stellung gegen die Schutzmannschaft, die sich der Angriffe kaum erwehren konnte. Mit vieler Mühe gelang es, die Personellen der Haupttäter, unter denen sich übrigens auch eine Frau befand, festzustellen.

Bad Ems, 21. Juli. Einbruchsdiebstahl. In der vergangenen Nacht ist im Kurhaus in den im Vorzimmer stehenden großen Ausstellungsschrank eingebrochen und daraus alle dort untergebrachten und von Tausenden bewunderten kostbaren Spitzen usw. gestohlen worden. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt viele Tausende von Mark. Ein großer Teil der Sachen ist, da es sich um reine Ausstellungssachen handelt, unerschließlich.

Handel und Verkehr.

Eine Gefahr für die vorklämisch-erzgebirgische Stickerei-Industrie. Vor einigen Monaten haben wir über den massenhaften Abbruch von Stickmaschinen und die der vorklämisch-erzgebirgischen Stickerei-Industrie daraus erwachsenden schweren Schädigungen berichtet. Mit jenen bedenklichen Vorgängen befaßt sich auch der soeben erschienene Jahresbericht der Handelskammer Plauen. Es heißt dort u. a.: 'War schon während der vorhergehenden Kriegsjahre die Nutzung von Stickmaschinen, die steigenden Marktpreisen zu einer Niederlegung älterer Stickmaschinen zu benutzen, wobei in der Regel eine Ersetzung durch neue Maschinen unterblieb, so verurteilte das außergewöhnliche Steigen der Eisenpreise gegen Ende des Berichtsjahres eine ungeheure Nachfrage nach Stickmaschinen, die zu Preisen führte, die die Anschaffungskosten um ein Mehrfaches überstiegen. Der Verkauf geschah meist auf Abbruch als Altmetall. Ein Teil der verkauften Maschinen ist jedoch zweifellos teils auf gesetzlichem, teils auf ungesetzlichem Wege ins Ausland gelangt. Der Stickmaschinenbestand im Kammerbezirk hat dadurch eine nicht unbeträchtliche Verminderung erfahren. An und für sich wäre gegen eine solche Säuberung nichts einzuwenden, wenn Hand in Hand damit eine Aufstellung neuer moderner Maschinen, sei es auch nur in beschränktem Umfang, erfolgt wäre. Daran war jedoch infolge der sehr hohen Preise für neue Maschinen gar nicht zu denken, denn selbst wenn die Stückpreise noch so sehr erhöht würden, könnten ausreichende Abschreibungen auf diese Maschinen, deren Preis das 12- bis 14fache des friebenspreises beträgt, nicht verdient werden. Deshalb besteht für den Fall, daß der Abbruch von Stickmaschinen nicht unterbunden werden kann, die Gefahr, daß den künftigen Anforderungen in der Herstellung von Spitzen- und Stickereierzeugnissen nicht mehr entsprochen werden kann, wenn erst wieder genügend Materialien zur Verfügung stehen und das Auslandsgeschäft lebhaft einsetzt, zumal da schon jetzt besonders infolge des langsamen Arbeitens in den Ausstellungsanstalten sehr lange Lieferfristen in Anspruch genommen werden müssen. Durch die Kammer sind im Verein mit den beteiligten Kreisen bereits Maßnahmen eingeleitet worden, um dem weiteren Abbruch der Maschinen zu begegnen. In erster Linie kommt in dieser Beziehung die Verbesserung der Ausfuhr gebrauchter Stickmaschinen ins Ausland in Betracht.'

Vermischtes.

Der frühere Kronprinz über seinen Aufenthalt in Holland. Der Chefredakteur der Chicago Tribune veröffentlicht den zweiten Teil seiner Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen in Wieringen. Der Kronprinz äußerte, daß es gegen seine Würde verstößte, aus Holland zu entfliehen, zumal er sich völlig unschuldig fühle. Uebrigens habe er niemals sein Wort gegeben, nicht zu entfliehen. Ein solches sei auch niemals von ihm verlangt worden.

Wogin Deutschland roten drückt. In einem Brief, den ein in Holland lebender Deutscher an einen Berliner Freund schreibt, findet sich die folgende Stelle: 'Bei der Wirtschaft, die Ihr dräben habt, muß das Reich ja schließlich zugrunde gehen. Wie die Wirtschaftsstellen hier für die Bewertung und den Einkauf aller möglichen Fett-, Öl-, Fleisch- und Kartoffelstellen mit dem Steuergeld herumwerfen, ist für den Reichsdeutschen traurig anzusehen. Kein Land, nicht einmal das reiche Amerika, zahlt ähnliche Gehälter. Ein Tippfeulein aus Berlin erhält 350 Gulden pro Monat (wohnte auf Reichskosten einen Monat in einem Scheveninger Hotel, bis sie Wohnung fand), freies Abonnement auf der Eisenbahn nach Rotterdam, außerdem ihr Berliner Gehalt mit Teuerungszuschlag. Die Herren beziehen 800-1200 Gulden pro Monat und arbeiten vormittags in Rotterdam, nachmittags sind sie in Scheveningen. Deutschland ist ja so reich.'

Zu den Berliner Millionenkliegungen wird noch bekannt, daß der Haupttäter mit 30 Millionen Mark geflüchtet ist. Es ist der Vorsteher Ringel, der über die holländische Grenze geflohen ist. Die Untersuchung gegen weitere Personen ist noch im Gange und dürfte zu weiteren Festnahmen führen.

Commerzialkassier überfallen. Auf dem Fußwege Braunschweig-Sierke im Harz wurden zwei Damen aus Leipzig von einem Räuber überfallen. Mit vorgehaltenem Revolver preßte er seinen Opfern ihre Barchaft in Höhe von 268 Mark ab und stahl ihnen aus den Rucksäcken sämtliche Wäsche.

Ein großer Brand in Stockholm. Wie Berlingske Tidende aus Stockholm meldet, ist dort am 20. bis 21. Abend in einer Vorstadt ein großer Brand ausgebrochen. Ein Ziegelwerk und drei Häuser sind niedergebrannt. Etwa 20 Familien und gegen 190 Personen sind obdachlos.

Aus bayerischen Sommerfrischen. Das Rätsel, woher die fabelhaften Fleischvorräte der Hotels und Kurorte im oberbayerischen Bergland stammen, ist gelöst. Amtlich geben die Forstämter von Garmisch und Partenkirchen bekannt, daß von Wilderern erbeutet wurden: 800 Hirsche, 2500 Jungveh und Rälber, 3200 Gänse und 800 Rehe. Diese gewaltige, weit über 4000 Zentner betragende Wildbretmenge ist fast ausschließlich den Hotels und Gastwirtsbetrieben geliefert worden. Sicherheitswehr ist gegen die Wildererpest ausgedehnt worden.

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Hessen. Das B. L. meldet aus Mainz, daß die hessische Regierung infolge erneuter Vorstellungen landwirtschaftlicher Kreise die Zwangswirtschaft für die bewirtschafteten Artikel mit Ausnahme von Getreide und Milch aufgehoben habe.

Der König von Dänemark, der anlässlich der Wiedervereinigungsfestlichkeiten beim Besteigen seines Pferdes zu Falle gekommen war, hatte sich, um das Programm der Festtage nicht zu stören, nicht gekümmert. Sein Befinden hat sich, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, so verschlimmert, daß er das Bett hüten muß. Die geplante Reise des Königs nach Island ist aus diesem Grunde bis zum September verschoben.

Verstümmelte Ententevertreter. Am Bahnhof Charlottenburg kam es um Mitternacht zu einem Zwischenfall mit zwei Ententeoffizieren. Die beiden Offiziere hatten Ballantien beleidigt. Es sammelte sich rasch eine größere Menschenmenge an, und es schien zu Unruhen kommen zu sollen. Die Sicherheitspolizei nahm die beiden Offiziere auf das nächste Polizeirevier mit. Die beiden Offiziere (Engländer) sollen sich in nicht ganz nächstem Zustande befinden haben.

Neue amerikanische Tänze. Wir haben allerlei zu erwarten auf diesem Gebiet, wenn wir den Angaben von La Nire trauen wollen, die folgendes schreibt: 'Trotz aller Warnungen und Ermahnungen führen wir weiter eine Unmenge Sachen aus Amerika ein, die wir sehr gut entbehren könnten. So heißt es, daß demnächst drei neue amerikanische Tänze in Paris lanciert werden sollen, nämlich: Chesto-cheef, Hip-to-hip, Hip-to-hip; das bedeutet: Wange an Wange, Lippe an Lippe, Hüfte an Hüfte. Städtischerweise hört es da auf! Aber es wird nicht lange dauern, daß wir auch das Weitere noch erleben werden, Wange an Wange das mag noch gehen. Hüfte an Hüfte auch, denn alles in allem, kann das ja nicht sehr weit führen. Wenn aber ein Gatte seine Frau den Hip-to-hip mit dem Erstbesten tanzen sieht, wird er einiges Recht haben, darüber ungehalten zu sein. Worauf ihm seine Frau billigerweise erwidern kann: 'Aber so wird es doch getanzt, Mund auf Mund. Was willst Du, ich habe den Hip-to-hip nicht erfunden.'

500 Frauen in Mexiko ermordet. Von einer entsetzlichen Bluttat des mexikanischen Rebellenführers Francisco Villa berichtet die Deutsche Zeitung von Mexico. Als er mit der neuen Regierung wegen seines Uebertrittes verhandelte, hielt er zwischen Jimenez und Barral einen Frachtzug an, in dem sich gegen 500 Soldatenfrauen und Kinder befanden. Villa argwöhnte, daß sich unter den Frauen sich befindende Offiziere verborgen hielten und ließ daher eine genaue Untersuchung vornehmen. Die Frauen standen zusammengedrängt auf freiem Felde. Als Villa sich ihnen näherte, feuerte eine der Frauen zwei Schüsse auf ihn ab, die indes fehlgingen. Alle Nachforschungen nach der Täterin blieben erfolglos, da keine diese verraten wollte. Darüber geriet der Rebellenführer in solche Wut, daß er seiner Leibwache Befehl gab, das Feuer auf die wehrlosen Frauen zu eröffnen. Dem Befehl wurde solange Folge geleistet, bis sämtliche Frauen und Kinder gefallen waren.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Völkervereinigung an der deutschen Ostgrenze.

Berlin, 22. Juli. Laut Vorkwärts wird in der deutschen Note über den Vormarsch der Völkervereinigung, über welche Reichsminister Dr. Simons in der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses berichtete, der Entente mitgeteilt, daß der militärische Grenzschutz in Ostpreußen durch Ortswehren verstärkt worden sei. Zugleich betont die Note die Notwendigkeit, die äußeren Grenzen der Abstammungsgebiete durch deutsche Truppen schützen zu lassen, da diese neutral sind, während die französischen, die im Krieg mit Rußland stehen, die russischen Truppen angreifen und damit den Krieg auf deutschen Boden tragen würden.

Berlin, 22. Juli. Der Völkervereinigung zufolge ist eine aus Polen herübergekommene Bande in das preußische Bollamt von Jastrzemb in Oberschlesien eingebrochen, hat sämtliche Waffen und Munition geraubt und ist wieder über die Grenze zurückgegangen.

Zurückgehender Gefangenentransport.

Berlin, 22. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die österreichische Regierung hat vor kurzen die Reichsregierung ersucht, die noch in Oesterreich internierten Kriegsgefangenen Russen durch Deutschland nach Rußland zurückzuführen zu dürfen. Die deutsche Regierung hat ihre Zustimmung dazu erteilt. Nunmehr ist ein Transport von 108 Männern und 8 Frauen nach Stettin gefahren worden. Dort machte der österreichische Offizier, der den Transport führte, die Mitteilung, daß sich hochpolitische Persönlichkeiten bei dem Transport befänden.

Da die deutsche Regierung auf eine gelegentliche Anfrage des österreichischen Gesandten in Berlin ausdrücklich erklärt hatte, daß ihre Zustimmung sich nur auf den Durchtransport von Kriegsgefangenen beziehe, und wir es grundsätzlich nicht gestatten könnten, daß andere Personen, insbesondere politische Verfolgte wie Bela Kun dem Transport angeschlossen würden, müßte der Transport in Stettin angehalten und nach Oesterreich zurückgeleitet werden.

Bela Kun.

Berlin, 22. Juli. Laut Völkervereinigung meldet das Neue Wiener Journal, daß die ungarische Regierung durch ihren Geschäftsträger in Wien vorläufig mündlich gegen das Vorgehen der österreichischen Regierung in der Angelegenheit Bela Kun protestiert hat. Der österreichische Staatssekretär Dr. Renner antwortete darauf, daß sich die österreichische Regierung in einer Zwangslage befinde, und daß es anders nicht gelingen würde, die österreichischen Kriegsgefangenen aus der russischen Kriegsgefangenschaft zu befreien.

Schwere Feuersbrunst.

Köln, 22. Juli. Ein gewaltiger Brand, der einen Schaden von mehreren Millionen Mark verursachte, hat am Dienstagabend gegen 10 Uhr das Gut Bietgest bei Güstrow heimgesucht, wobei 37 Pferde in den Flammen umkamen und größere Futtermittel, landwirtschaftliche Maschinen usw. vernichtet wurden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Fleischverteilung.

In der laufenden Woche werden auf Reichsfleischmärkten ausgegeben in allen Schlachtabzügen:

350 gr Frischfleisch einschließlich Würst. Personen unter 8 Jahren erhalten die Hälfte.

Es kosten:

1 Pfund Frischfleisch 0,20 Mk.
1 Pfund Fleischwurst 0,40 Mk.

Eine Anrechnung der den Höchstmaß von 150 gr übersteigenden Fleischmenge auf künftige Zuteilungen bleibt vorbehalten.

Schwarzenberg, am 21. Juli 1920.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Ausgabe von Gutsheinen aus dem memnonitischen Liebeswerk Christenpflicht.

Diesem Personen, die schon einmal Gutsheine erhalten haben, wollen die neuen Gutsheine am Sonnabend, den 24. Juli 1920 vorm. 8-11 Uhr im Stadthaus, Zimmer Nr. 2, in Empfang nehmen.

Mie, am 22. Juli 1920.

Der Rat der Stadt.
Woblfabrytsamt.

Samtliche Druckarbeiten liefert in künstlerischer Ausführung die ADUVA AUER DRUCK- u. VERLAGS-GESELLSCHAFT M. B. H. Buchdruckerei, AUE LERZGEB. TELEFON 33, Stein-druckerei, Buchbinderei.

Bibliographisches Institut Meyers Leipzig und Wien Handlexikon beantwortet alle Fragen der Gegenwart und gibt Auskunft über die Neuordnung der Welt nach dem Kriege. - Erwa 7500 Stichwörter auf 707 Seiten Text, 1700 Textbilder, 30 Tafeln, 46 Karten. 1 Band gebunden 60 Mark einschl. Teuerungszuschlag. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

